

Fehlentwicklungen in der Abfallwirtschaft – Studie im Auftrag der Gewerkschaft ÖTV (Mai 1999)

(Kurzfassung zum Download, aktualisiert, 1/2000)¹

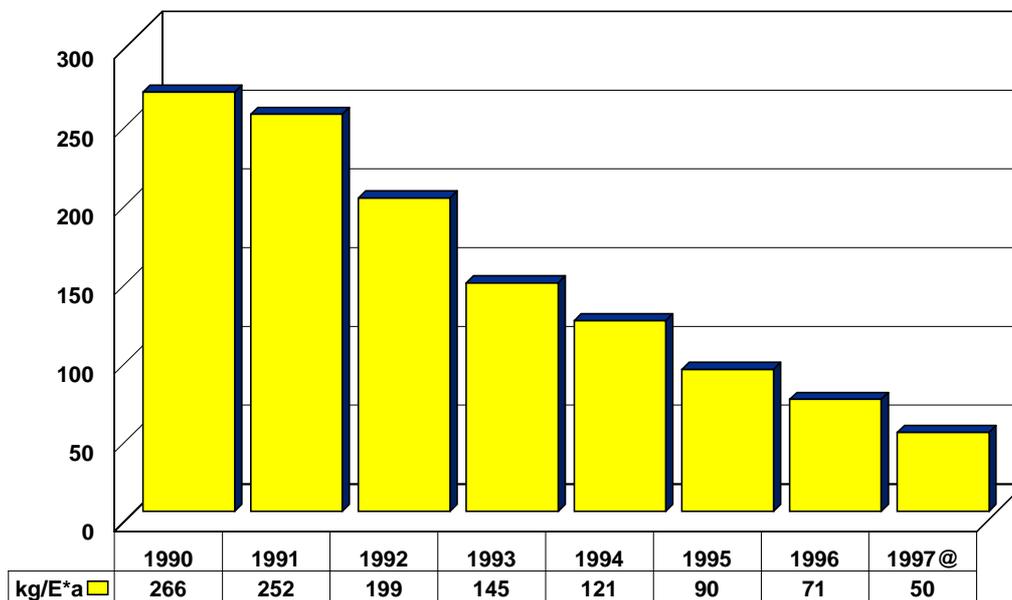
Uwe Lahl, Barbara Zeschmar-Lahl

1 Die Fakten

In Baden-Württemberg hat in den Jahren 1990 bis 1997 das Aufkommen an Gewerbeabfällen drastisch abgenommen (Abb. 1). Erfolge der Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Verwertung im gewerblichen Bereich?

Abbildung 1: Das „Recycling-Wunder“ in Baden-Württemberg

Gewerbeabfälle in kg/E*a; 1997@: 30 % geringer als 1996 entsprechend der ersten Jahreshälfte in verschiedenen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (örE) Baden-Württembergs (Umfrage Kreis Karlsruhe sowie Daten aus Rastatt, Biberach u.a.) (1)



Eine exemplarische Untersuchung der Situation im benachbarten Bundesland Thüringen anhand der Abfallbilanz 1996 (2) zeigt, daß die Abnahme der Gewerbeabfallmengen im Freistaat nicht so einschneidend verläuft wie in Baden-Württemberg, und daß das absolute Niveau in Thüringen beinahe dreifach höher liegt als in Baden-Württemberg.

¹ siehe auch: Demokratische Gemeinde 2/2000

Sicherlich werden mehrere Faktoren für die hohen Gewerbeabfallmengen in Thüringen verantwortlich sein, wobei die wirtschaftliche Situation in den neuen Ländern eher dafür sprechen würde, daß die Gewerbeabfallmengen unter denen von Baden-Württemberg liegen müßten und nicht darüber.

Die folgende Tabelle zeigt die Schwankungen der einwohnerspezifischen Mengen an Gewerbeabfällen (Baustellenabfall, hausmüllähnlicher Gewerbeabfall) in den anderen neuen Bundesländern. Thüringen ist demnach kein Einzelfall.

Tab. 1: Einwohnerspezifische Mengen an Gewerbeabfällen (Baustellenabfall, hausmüllähnlicher Gewerbeabfall) in kg/E•a (1)

	Sachsen- A.	Sachsen	Mecklenburg-V.	Brandenburg
hausmüllähnlicher Gewerbeabfall (kg/E•a)	68	41	83	130
Baustellenabfall (kg/E•a)	286	136	177	242
Σ Gewerbeabfälle (ohne Sortierreste) in kg/E•a	354	177	260	372

Ursache für diese Entwicklung ist ein Mengentransfer von Hochpreisgebieten zu Niedrigpreisgebieten in der Form der Scheinverwertung auf Deponien.

In Baden-Württemberg lagen die mittleren Entsorgungspreise für Gewerbeabfälle für 1996 im Korridor von 250 und 450 DM/Mg. Um das Motiv für den Mengentransfer zu verdeutlichen, hilft eine Faustzahl des Transportgewerbes; danach kostet das „Verschieben“ rund 10 DM pro Tonne (= Mg) und 100 km Entfernung. Unterstellen wir eine günstige „Kippe“ (50 DM/Mg) und das „Umfahren“ einer Sortieranlage, und addieren die Transportkosten hinzu, so ergeben sich Kostenvorteile im Bereich von 3.750,00 bis 7.500 DM für einen Abfalltransport (1 Lkw) zur Billigdeponie gegenüber der Verwertung oder Entsorgung in Baden-Württemberg.

Selbst wenn, je nach Region und Entfernung, die Spanne des Kostenvorteils geringer ausfallen sollte, die Größenordnung allein ist überzeugend, um die Motivlage für Abfallverschiebungen plastisch zu verdeutlichen. Die genannte Summe hat aber nichts mit höherer Wirtschaftlichkeit privater Unternehmen gegenüber kommunalen Dienststellen zu tun. **Die Summen ergeben sich, weil die Adressaten der Transporte in der Regel keine umwelt-schutzmäßig auch nur annähernd ausreichende Ausstattung aufweisen.** Nur das politische Dulden dieser Belieferungen der Altlasten von morgen ermöglicht diese Verschiebungen.

2 Strafverfolgung wird aktiv

Zwischenzeitlich sind die Strafverfolgungsbehörden aufmerksam geworden. Das ZDF berichtete kürzlich über einen anhängigen Fall, der einen tieferen Einblick in dieses „Geschäft“ liefert (3).

„Der Jägerberg nahe Jena in Thüringen, eigentlich Idylle pur. Hier betrieb die TUE eine Sortieranlage für Bauschutt. Das Material kam aus der gesamten Republik – Lastwagen karren jahrelang 100tausende Tonnen hierher. Und hier, in dieser Halle, stand die ominöse Sortieranlage. Der ehemalige TUE-Gebietsleiter Ost – er war auch für andere Unternehmen zuständig – erinnert sich:

Berndt Teich, Ex-TUE Gebietsleiter Ost:

Ja, das war eine ältere Anlage, die also, als ich damals zur DAS kam, schon sehr reparaturbedürftig war und sehr anfällig.

Reporter:

Das heißt, die hat ab und zu mal gestanden. Wie oft war die denn ausgeschaltet?

Berndt Teich, Ex-TUE Gebietsleiter Ost:

Sie lief in manchen Monaten mehr als sie repariert wurde.

Die marode Anlage ist längst verschrottet. Hätte sie auf Hochtouren gebrummt, dann wären gerade mal 30.000 Jahrestonnen sortiert worden. Doch bekanntlich stand die Anlage meist still und außerdem: TUE raffte ein Vielfaches aus dem ganzen Bundesgebiet zusammen – eine halbe Million Tonnen, so schätzt man. Sortiert hat TUE nicht einmal 10 Prozent.“ (3). Der Rest wurde „abgekippt“.

Das ZDF berichtete nicht über weitere Fälle.

„Sortieren war auch gar nicht Sinn der Sache, wie diese Dokumente der Justizbehörde beweisen.“

Originalton nachgesprachen Fahrer

Meistens wartete ich in irgendeiner Seitenstraße vor der Deponie, dann kam jemand von der Firma HED und brachte mir die anderen Begleitscheine. Natürlich war mir klar, dass wohl nicht alles mit rechten Dingen zu geht. Aber wegen der Aufträge war ich abhängig und habe deshalb geschwiegen.“

Die Sortierung wurde nur vorgetäuscht, die Herkunft des Mülls verschleiert. Die „getürkten Papiere“ (ZDF) waren Eintrittskarte für eine Deponie in der Nähe von Halle. Hier kostet die Tonne 50 DM/ Mg.

3 Die Billigdeponie als Ursache

Eine Deponie ist in den letzten Monaten quasi zum Symbol dieser Entwicklung geworden: die Deponie Lochau bei Halle an der Saale. In der Tat sind die Abfallströme beachtlich, die diese Deponie auf sich vereint. Von 900.000 Mg in 1998 abgelagerter Abfälle berichtet Geschäftsführer Wilfried Klose. Der Hausmüllanteil aus der Region macht allerdings nur rund 200.000 Mg aus. Allein die Sortierreste aus den insgesamt 8 Sortieranlagen, die in den letzten Jahren im Einzugsgebiet der Deponie entstanden sind, werden mit 170.000 Mg angegeben.

Lochau gehört zum führenden Marktteilnehmer auf dem Feld der Deponien.

Die Deponie wurde in einem sog. Braunkohletagebau-Restloch errichtet. Schon zu DDR-Zeiten diente die Anlage der Ablagerung von Abfällen. So fühlt sich die Belegschaft einerseits fast persönlich angegriffen, wenn angesichts des nach der Wende geordneten Zustands der Verfüllung von einem „Dreckloch“ gesprochen wird. Dem Umweltschützer muß andererseits ob der gesamten Größe der Deponie (70 ha) Sorge beschleichen. In der Tat ist vorgesehen, die Verfüllung des gesamten Restloches mit Abfällen zu betreiben. Es würde beinahe ein Jahrhundert dauern, bis dieses Ziel erreicht ist. Auch diese Zahl spaltet die Diskutanten. Was für den Betrieb als langfristige Chance und unternehmerische Perspektive erscheint, wird für konkurrierende Marktteilnehmer als Bedrohung empfunden.

Der Streit um die Schließung der Deponie Lochau geht nicht um akute Umweltgefährdungen, die gegenwärtig eintreten. Der Kernpunkt ist die Langzeitsicherheit der Deponie.

Der Deponiekörper liegt, vereinfacht ausgedrückt, unterhalb des natürlichen Grundwasserspiegels. Bereits während des Braunkohletagebaus zu DDR-Zeiten mußte daher mittels einer Brunnengalerie das zuströmende Grundwasser weitgehend abgefangen werden, damit der Tagebau überhaupt möglich wurde. Derartige Abfangbrunnen sind auch heute im Betrieb, damit der Deponiekörper nicht im Wasser versinkt. Das abgefangene Grundwasser wird in einer Teichanlage gesammelt, hochgepumpt und in ein oberirdisches Gewässer eingeleitet. Eine Teilmenge des Grundwassers wird in den Deponiekörper geleitet. Dort vermischt es sich mit dem Sickerwasser aus den Regenfällen und wird gemeinsam über den genannten Sickerwasserdrainagegraben gefaßt, gereinigt und ebenfalls über die Teichanlage abgeleitet.

Die Langzeitsicherheit einer Deponie, so die allgemeine Expertenmeinung, wird (u.a.) durch eine Entwässerung einer Deponie im freien Gefälle erreicht. Im Falle Lochau wird zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Deponie verfüllt sein wird, die Wasserhaltung abzustellen sein und der Deponiekörper würde sich in diesem Szenario mit Grundwasser auffüllen. Zu diesem Zeitpunkt ist dann auch mit einer massiven Grundwasserverschmutzung zu rechnen, so die Erfahrungen auf diesem Feld.

4 Fazit

Die Ursachen für die aktuell mehr als unbefriedigende abfallwirtschaftliche Situation liegt einerseits in unklaren Rechtsvorschriften zur Abgrenzungsproblematik (Verwertung / Beseitigung) in einem behördlichen Überwachungsvakuum und andererseits in mangelhaftem Vollzug der TA Siedlungsabfall, insbesondere im Hinblick auf die Deponierestlaufzeiten.

Diese Rahmenbedingungen haben zu einer unter den Begriff Ökodumping gefaßten Entwicklung (Scheinverwertung) geführt. Die vom BMU vorgesehenen neuen Rechtsvorschriften (TA Verwertung) werden hier keine Lösung bringen, sofern sie nicht technisch klare Festlegungen enthalten.

Die Hauptursache ist die Billigdeponie bzw. der aktuelle Preiswettbewerb unter den Deponiebetreibern. Hier sollte eine Lösung ansetzen.

Helfen könnte eine Deponieabgabe, die den Vollzug unterstützen wird, die ökologisch unzureichende Deponie „vom Netz“ zu nehmen. Die Abgabenbefreiung für die Ablagerung ausreichend (gemäß den Schutzziele der TASI) vorbehandelter Abfälle erhöht zudem den Druck zur Durchsetzung der Abfallvorbehandlung und schafft hochwertige, qualifizierte neue Arbeitsplätze und sichert damit den Technologiestandort Deutschland.

Die Einführung einer Deponieabgabe ist entbehrlich, insofern ein ordnungsrechtlicher Länder-Vollzug der TASI-Fristen und -Anforderungen gelingt. Das Fallbeispiel Lochau wurde auch deshalb etwas ausführlicher geschildert, um die mangelnde Ehrlichkeit auf diesem politischen Feld zu illustrieren. Von außen beobachtet scheinen die politische Vorgaben in Halle und Magdeburg für den Vollzug nicht so sehr zu lauten "Wie setzt man die TASI durch, schließt die Deponie und steigt in die Sanierungsphase ein?", sondern: "Wie kann man einen Weiterbetrieb der Deponie Lochau trotz TASI verwaltungsseitig begründen, ohne in ein eigenes Haftungsrisiko einzutreten?"

5 Literatur

- 1 Lahl U., Zeschmar-Lahl B., Weiler C.: Gewerbeabfälle in Baden-Württemberg – Wege und Verbleib. Studie im Auftrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Baden-Württemberg, November 1997
- 2 Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Abfallbilanz 1996, Teil I und Teil II
- 3 Winfried Schnurbus, Ulrich Gack: Schmutzige Geschäfte – Müllschiebereien bei RWE-Tochterfirmen. Frontal, Sendung vom 7. 12. 1999